

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfungsexamen gemäß §§ 5-14 a WPO

1. Aufsichtsarbeit aus dem Gebiet „Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“

1. Halbjahr 2016

Termin: 2. Februar 2016

Bearbeitungszeit: 6 Stunden

- Hilfsmittel:
1. Schönfelder, Deutsche Gesetze
- Textsammlung und Ergänzungsband -
 - 2.a) International Financial Reporting Standards IFRS einschließlich International Accounting Standards (IAS) und Interpretationen, Die amtlichen EU-Texte Englisch-Deutsch, 8., aktualisierte Auflage, 2014, IDW Verlag GmbH
 - 2.b) International Financial Reporting Standards (IFRS) 2015, Deutsch-Englische Textausgabe der von der EU gebilligten Standards und Interpretationen, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA
- Zugelassen ist die Benutzung nur einer dieser Textausgaben! –
3. Wirtschaftsgesetze, 31., aktualisierte Auflage, 2015, IDW Verlag GmbH
 4. Nicht programmierbarer Taschenrechner

Die Aufgabenstellung umfasst einschließlich dieses Vorblattes **11 Seiten**.

**Bitte geben Sie nach Ende der Bearbeitungszeit
auch die Aufgabenstellung ab!**

Bearbeitungshinweise:

Die Klausur besteht aus sechs Aufgaben aus den Bereichen:

Aufgabe 1:	Rückstellungen nach HGB	38 Punkte
Aufgabe 2:	Sicherungsbeziehungen (74 Punkte)	
	Teil 1: Derivate und Bewertungseinheiten nach HGB	30 Punkte
	Teil 2: Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nach IFRS	44 Punkte
Aufgabe 3:	Eigenkapital nach HGB	35 Punkte
Aufgabe 4:	Leasing nach IFRS	62 Punkte
Aufgabe 5:	Unternehmensbewertung (84 Punkte)	
	Teil 1: Beteiligungsbewertung nach HGB	33 Punkte
	Teil 2: Unternehmensbewertungsverfahren	51 Punkte
Aufgabe 6:	Werthaltigkeitstest des Geschäfts- oder Firmenwerts nach IFRS	<u>67 Punkte</u>
		<u>360 Punkte</u>

Es sind alle Aufgaben zu bearbeiten.

Bei jeder Aufgabe sind die maximal erreichbaren Punkte angegeben; diese Punkte sollen zugleich einen Anhaltspunkt für die jeweils erforderliche Bearbeitungszeit darstellen. Es sind maximal 360 Punkte (360 Punkte = 360 Minuten Bearbeitungszeit) zu erreichen.

Gehen Sie nur auf die konkreten Fragestellungen ein und verzichten Sie auf allgemeine Darlegungen ohne Bezug zur jeweiligen Fragestellung!

Begründen Sie Ihre Ausführungen hinreichend. Legen Sie nicht nur das Ergebnis, sondern stets auch den Weg der Problemlösung bzw. notwendige Berechnungen nachvollziehbar dar.

Aufgabe 1 Rückstellungen nach HGB (38 Punkte)

- a) Besteht für die folgenden sieben Fälle ein **Ansatzgebot, Ansatzwahlrecht oder Ansatzverbot** von Rückstellungen im handelsrechtlichen Jahresabschluss zum 31.12.t2 des Unternehmens A GmbH? Begründen Sie Ihre Antwort. Geben Sie auch den **Wert** für die Rückstellung an. (26 Punkte)
1. Im November t2 hat Unternehmen A mit Unternehmen B einen Rohstoffbezugsvertrag über 10 Tonnen abgeschlossen. Danach beläuft sich der Beschaffungspreis pro Tonne auf 400 TEUR. Die Lieferung an Unternehmen A erfolgt erst am 28.2.t3. Zum 31.12.t2 beläuft sich der Marktpreis der Rohstoffe auf 370 TEUR/Tonne und Ende t3 wird er voraussichtlich 410 TEUR/Tonne betragen.
 2. Im November t2 hat Unternehmen A mit Unternehmen C einen Kaufvertrag abgeschlossen. Danach liefert Unternehmen C an Unternehmen A am 28.2.t3 eine Maschine für 200 TEUR, die Unternehmen A in seiner Produktion einsetzen möchte. Am 31.12.t2 beläuft sich der Beschaffungspreis der Maschine auf 170 TEUR und Ende t3 wird er voraussichtlich 210 TEUR betragen.
 3. Unternehmen A hat am 1.10.t2 einen Vertrag über den Verkauf einer Maschine an Unternehmen D abgeschlossen. Aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks auf dem Markt für entsprechende Maschinen hat man sich auf einen Verkaufspreis von 200 TEUR geeinigt. Die Lieferung erfolgt am 10.1.t3. Unternehmen A hat am 31.12.t2 die Produktion der Maschine abgeschlossen und sie zu Herstellungskosten angesetzt. Durch Preisanstieg auf den Rohstoffmärkten belaufen sich die aktivierten Herstellungskosten auf 220 TEUR. Zudem sind allgemeine Verwaltungskosten von 15 TEUR angefallen, die nicht in die Herstellungskosten einbezogen, sondern in t2 als Aufwand erfasst wurden. In t3 rechnet Unternehmen A noch mit direkt der Maschine zurechenbaren Vertriebskosten von 10 TEUR.
 4. Im September t2 hat Unternehmen A einen Vertrag über den Verkauf einer Spezialmaschine an Unternehmen E abgeschlossen. Danach hat die Lieferung der Spezialmaschine im März t3 zu einem Festpreis von 520 TEUR zu erfolgen. Mit der Herstellung der Maschine beginnt Unternehmen A im Januar t3. Durch starke Preisanstiege auf den Rohstoffmärkten Ende t2 werden die voraussichtlichen Herstellungskosten 600 TEUR betragen. Zudem erwartet Unternehmen A noch direkt der Maschine zurechenbare Vertriebskosten von 15 TEUR in t3.
 5. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann durchschnittlich alle 6 Jahre mit einem größeren Schaden am eigenen Transportgut gerechnet werden, der sich durchschnittlich auf 60 TEUR beläuft. Der letzte Schaden aufgrund eines Unfalls ist vor 5 Jahren aufgetreten. Unternehmen A erwartet daher den nächsten größeren Schaden wieder in t3. Da die Prämie für die Versicherung des Transportgutes jährlich 12 TEUR beträgt, hat das Unternehmen auf den Abschluss einer Versicherung verzichtet.

6. Unternehmen A hat an seinem Rohrnetz eine am 5.10.t2 notwendige Reparatur nicht durchgeführt und auf den 26.2.t3 verschoben. Die geschätzten Reparaturkosten belaufen sich zum 31.12.t2 auf 200 TEUR und aufgrund von Preissteigerungen zum 26.2.t3 auf 210 TEUR.
7. Unternehmen A hat von Unternehmen F eine Maschine gemietet. Im Rahmen des Mietvertrags wurde eine von Unternehmen A zu erfüllende Instandhaltungsverpflichtung vereinbart. Eine in t2 aufgetretene notwendige Reparatur mit geschätzten Kosten von 50 TEUR hat Unternehmen A auf den April t3 verschoben.
- b) Die Pensionsverpflichtungen einer großen GmbH belaufen sich zum Abschlussstichtag 31.12.t2 auf Mio. 100 EUR. Die Anschaffungskosten des auf Basis einer Treuhandvereinbarung bestehenden Deckungsvermögens zur Erfüllung dieser Pensionsverpflichtungen betragen Mio. 105 EUR. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens beläuft sich auf Mio. 120 EUR.

Erläutern Sie kurz Ansatz, Bewertung und Ausweis des **Deckungsvermögens** sowie die diesbezüglichen Anhangsangaben im handelsrechtlichen Jahresabschluss zum 31.12.t2! Geben Sie auch die gesetzlichen Vorschriften an. (6 Punkte)

- c) Welche Konsequenzen ergäben sich, wenn es sich bei der Altersversorgungsverpflichtung aus Teilaufgabe b) um eine **wertpapiergebundene Versorgungszusage** handelt und die Wertpapiere das obige Deckungsvermögen darstellen? (6 Punkte)

Aufgabe 2 Sicherungsbeziehungen (74 Punkte)

Teil 1: Derivate und Bewertungseinheiten nach HGB (30 Punkte)

Unternehmen Investition AG erwirbt am 1.8.t1 eine festverzinsliche Anleihe zu einem Preis von 500 TEUR zwecks langfristiger Mittelanlage. Zur Absicherung der Anleihe gegen Marktwertschwankungen aufgrund von Zinssatzänderungen schließt das Unternehmen einen Zinsswap ab. Dabei zahlt die Investition AG einen Festzins und erhält dafür variable Zinsen auf einen Betrag von 500 TEUR.

Am 31.12.t1 steigt der Marktwert der Anleihe um 50 TEUR aufgrund einer Senkung des Marktzinssatzes. Durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners sinkt dagegen der Marktwert der Anleihe um 12 TEUR, so dass sich insgesamt der Zeitwert der Anleihe zum 31.12.t1 auf 538 TEUR beläuft. Der Marktwert des Zinsswaps ist zum 31.12.t1 um 43 TEUR gesunken.

- a) Erläutern Sie die Behandlung der Anleihe und des Zinsswaps im handelsrechtlichen Jahresabschluss zum **1.8.t1 sowie 31.12.t1**, wenn keine

Bewertungseinheit gebildet wird. Geben Sie in diesem Zusammenhang auch die zugrunde zu legenden handelsrechtlichen Vorschriften an. (10 Punkte)

- b) Erläutern Sie die Behandlung der Anleihe und des Zinsswaps im handelsrechtlichen Jahresabschluss zum **31.12.t1**, wenn eine Bewertungseinheit gebildet wird. Unterstellen Sie, dass die Voraussetzungen zur Bildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB vorliegen. Gehen Sie auch auf die verschiedenen Möglichkeiten der Abbildung im Jahresabschluss ein und nennen Sie die Buchungssätze! (20 Punkte)

Teil 2: Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nach IFRS (44 Punkte)

- a) Unternehmen Automobilzulieferer AG beabsichtigt, Mitte t4 Vorräte mit einem Volumen von Mio. 10 Yen in Japan einzukaufen. Zum 31.10.t3 war der Vertrag noch nicht abgeschlossen. Allerdings befand man sich im Endstadium der Verhandlungen, so dass das Unternehmen Automobilzulieferer AG den Einkauf mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete. Zur Absicherung gegen Wechselkursschwankungen hat Unternehmen Automobilzulieferer AG am 31.10.t3 daher Mio. 10 Yen zum 30.6.t4 zu einem Kurs von 1 EUR = 140 Yen auf Termin gekauft, was dem Kurs am 31.10.t3 entsprach. Am 31.12.t3 beträgt der Wechselkurs 1 EUR = 120 Yen und am 30.6.t4 beläuft er sich auf 1 EUR = 125 Yen.

Wie ist diese Absicherung im IFRS-Abschluss von Unternehmen Automobilzulieferer AG zu bilanzieren, wenn die Sicherungsbeziehung nach IAS 39 als **Cash-Flow Hedge** behandelt werden soll? Geben Sie auch die Buchungssätze zum 31.10.t3, 31.12.t3 sowie in t4 an.

Gehen Sie davon aus, dass der Einkauf der Vorräte im erwarteten Volumen tatsächlich am 30.6.t4 erfolgt und die Vorräte vollständig im 2. Halbjahr t4 verbraucht werden. Unterstellen Sie zudem, dass die Bedingungen des IAS 39 für die Designation des oben dargestellten Sachverhalts als Sicherungsbeziehung erfüllt sind. Ferner sind Zinseffekte bei Ermittlung des Zeitwerts des Derivats zu vernachlässigen und keine latenten Steuern zu berücksichtigen. (22 Punkte)

- b) Ergeben sich unter Berücksichtigung der Regelungen des IAS 39 gegebenenfalls Änderungen zu Teilaufgabe a), wenn Unternehmen Automobilzulieferer AG am 31.10.t3 den **Einkaufsvertrag schon abgeschlossen** hätte (und alle anderen Daten, Annahmen sowie Angaben aus Teilaufgabe a) unverändert gelten)? Erläutern Sie mögliche Änderungen und geben Sie auch die gegebenenfalls zu den einzelnen Zeitpunkten notwendigen Buchungssätze an. (22 Punkte)

Aufgabe 3 Eigenkapital nach HGB (35 Punkte)

Das Eigenkapital vor Ergebnisverwendung der T AG, einer großen Kapitalgesellschaft, von insgesamt Mio. 925 EUR setzt sich zum 31.12.t1 wie folgt zusammen:

	Eigenkapital T AG	in Mio. EUR
I.	Gezeichnetes Kapital	700
II.	Kapitalrücklage (davon nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB)	30 (5)
III.	Gewinnrücklagen	
	1. Gesetzliche Rücklage	40
	2. Satzungsmäßige Rücklage	50
	3. Andere Gewinnrücklagen	35
IV.	Verlustvortrag	-30
V.	Jahresüberschuss	100

An der T AG ist die börsennotierte M AG mit 90 % der Anteile beteiligt. Der handelsrechtliche Jahresabschluss der T AG wird von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellt. Laut Satzung sind Vorstand und Aufsichtsrat verpflichtet, 10 % des um einen Verlustvortrag und um die Einstellungen in die gesetzliche Rücklage bereinigten Jahresüberschusses in die satzungsmäßige Rücklage einzustellen.

- a) Welchen Betrag können Vorstand und Aufsichtsrat maximal den Rücklagen zuführen? Stellen Sie auch das Eigenkapital der Gesellschaft zum 31.12.t1 nach teilweiser Ergebnisverwendung dar! (15 Punkte)
- b) Wäre es im vorliegenden Fall möglich, die gesetzliche Rücklage aufzulösen? (4 Punkte)
- c) Im folgenden Jahr t2 hat die T AG über die Börse Anteile an der M AG von insgesamt Mio. 20 EUR erworben. Erläutern Sie, wie der Erwerb der Anteile an der M AG im handelsrechtlichen Jahresabschluss der T AG zum 31.12.t2 darzustellen ist, wenn ein möglichst hohes Bilanzergebnis ausgewiesen werden soll. Nennen Sie auch die Buchungssätze. (7 Punkte)
- d) Im nachfolgenden Jahr t3 ergibt sich eine dauerhafte Wertminderung bei den Anteilen an der M AG von Mio. 3 EUR. Wie ist dieser Sachverhalt bei der T AG im handelsrechtlichen Jahresabschluss darzustellen? Geben Sie auch die Buchungssätze an. (5 Punkte)
- e) Ergeben sich Unterschiede zu Aufgabe d), wenn die Wertminderung der Anteile an der M AG nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend wäre? (4 Punkte)

Aufgabe 4 Leasing nach IFRS (62 Punkte)

Unternehmen Show AG hat als Leasingnehmer mehrere Leasingverträge mit der Leasing GmbH (Leasinggeber) abgeschlossen. Bei keinem der Verträge sind Verlängerungs- oder Kaufoptionen vereinbart. Zudem fallen die Leasingobjekte am Ende der Laufzeit an den Leasinggeber zurück. Spezialleasing liegt ebenfalls in keinem der Fälle vor. Anfängliche direkte Kosten fallen weder beim Leasingnehmer noch beim Leasinggeber an bzw. sind als unwesentlich zu qualifizieren.

- a) Die Leasingvereinbarung A bezieht sich auf eine Maschine, die die Show AG in ihrer Produktion einsetzt. Beginn des Leasingverhältnisses ist der 31.12.t1. Die Laufzeit des Leasingvertrags beträgt 5 Jahre. Am 31.12.t1 beläuft sich der beizulegende Zeitwert der Maschine auf 168.000 EUR. Die jeweils jährlich nachschüssig zu leistende Leasingrate beträgt 36.000 EUR.

Die wirtschaftliche Nutzungsdauer der Maschine umfasst einen Zeitraum von 6 Jahren. Dabei erwarten Leasingnehmer und Leasinggeber eine gleichmäßige Abnutzung der Maschine, so dass sich ein erwarteter Restwert von 28.000 EUR am Ende der Leasingvertragslaufzeit ergibt. Aufgrund der Verhandlungen hat die Show AG gegenüber dem Leasinggeber allerdings nur eine Garantieverpflichtung für den Restwert der Maschine in Höhe der letzten jährlichen Abschreibungsrate bei arithmetisch-degressiver Abschreibung unter Zugrundelegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer übernommen.

Der Grenzfremdkapitalzinssatz der Show AG beläuft sich auf 8 %. Der der Show AG bekannte interne Zinssatz des Leasingverhältnisses beträgt 6,9 %.

Erläutern Sie unter Zugrundelegung der einschlägigen Vorschriften, wie der Leasingvertrag im IFRS-Abschluss der Show AG zum 31.12.t1 und 31.12.t2 zu behandeln ist. Geben Sie auch die Buchungssätze an. Gehen Sie davon aus, dass es sich bei dem Leasingverhältnis um ein Finanzierungs-Leasing im Sinne des IAS 17 handelt. Steuerwirkungen sind nicht zu berücksichtigen. (40 Punkte)

- b) Das unter Teilaufgabe a) beschriebene Leasingverhältnis A wird in der Steuerbilanz der Show AG entsprechend der steuerlichen Leasingerlasse als Operating-Leasing behandelt. Erläutern Sie die Bildung latenter Steuern im IFRS-Abschluss der Show AG zum 31.12.t2. Der zugrunde zu legende Steuersatz der Show AG beträgt 30 %. (10 Punkte)

- c) Die Show AG hat eine weitere Leasingvereinbarung B am 1.1.t2 über eine weitere in der Produktion eingesetzte Maschine mit einer Laufzeit von 4 Jahren abgeschlossen. Der beizulegende Zeitwert der Maschine beläuft sich am 1.1.t2 auf 80.000 EUR. Der zugrunde zu legende Zinssatz beträgt 7 % und die wirtschaftliche Nutzungsdauer der Maschine umfasst 10 Jahre. In t2 ist keine Leasingrate zu zahlen. Danach ist in den Jahren t3 bis t5 jeweils eine jährlich nachschüssig zu leistende Leasingrate von 20.000 EUR fällig.

Erläutern Sie, ob das Leasingverhältnis als Finanzierungs- oder Operating-Leasing nach IAS 17 zu klassifizieren ist. Stellen Sie die Behandlung dieses Leasingverhältnisses im IFRS-Abschluss der Show AG dar. Geben Sie auch die Buchungssätze zum 31.12.t2 und 31.12.t3 an. Steuerliche Wirkungen sind nicht zu berücksichtigen. (12 Punkte)

Aufgabe 5 Unternehmensbewertung (84 Punkte)

Teil 1: Beteiligungsbewertung nach HGB (33 Punkte)

Das Unternehmen T1 hat am 31.12.t4 eine Beteiligung von 100 % an Unternehmen T2 für Mio. 530 EUR zur Ergänzung seines Marktportfolios erworben. T1 ist Tochterunternehmen von Mutterunternehmen M, das 100 % der Anteile hält. Neben der Beteiligung an T1 hält M noch eine Beteiligung von 90 % an S1. Aufgrund starker Marktveränderungen ist der Unternehmenswert von T2 in Periode t8 nachhaltig gesunken. Daher ermittelt T1 zum 31.12.t8 verschiedene Werte für seine Beteiligung an T2 mittels des Ertragswertverfahrens, die sich in der folgenden Tabelle wiederfinden (alle Werte in Mio. EUR).

Ertragswert ohne Synergieeffekte (objektivierter Unternehmenswert)	350
Ertragswert inklusive realisierbarer Synergieeffekte bei T1	370
Ertragswert inklusive realisierbarer Synergieeffekte bei T1 und T2	380
Ertragswert inklusive realisierbarer Synergieeffekte bei T1, T2 und M	400
Ertragswert inklusive realisierbarer Synergieeffekte bei T1, T2, M und S1	420
Ertragswert inklusive realisierbarer Synergieeffekte bei T1, T2 und S1	390

Zudem hat T1 den Liquidationswert von T2 berechnet. Er beläuft sich zum 31.12.t8 auf Mio. 300 EUR.

- a) Mit welchem Wert ist die Beteiligung an T2 im handelsrechtlichen Jahresabschluss von T1 zum 31.12.t8 anzusetzen? Ein Verkauf der Beteiligung an T2 ist nicht beabsichtigt. Begründen Sie ausführlich Ihre Entscheidung, indem Sie auch erläutern, warum Sie die anderen Werte nicht gewählt haben. (24 Punkte)

- b) Erläutern Sie, mit welchem Wert die Beteiligung an T2 im handelsrechtlichen Jahresabschluss von T1 zum 31.12.t8 anzusetzen wäre, wenn T1 aufgrund der Marktveränderungen den Verkauf der Beteiligung an T2 plant. Hätte ein unverbindliches Kaufangebot eines Dritten über Mio. 375 EUR Auswirkungen auf die Bewertung der Beteiligung an T2? (9 Punkte)

Teil 2: Unternehmensbewertungsverfahren (51 Punkte)

Die M&A AG plant den Kauf der Ziel AG. Es liegen Ihnen folgende Daten von der Ziel AG vor:

(in Mio. EUR)	t1	t2	t3	t4 ff.
Abschreibungen	38	40	65	65
Bruttoinvestitionen	40	44	70	65
EBITDA (zahlungswirksam)	188	210	235	245
Steueraufwand	41,6	47,04	47,68	49,92
Zinsaufwand	20	23	21	24

Das Fremdkapital zum Bewertungszeitpunkt beläuft sich auf Mio. 400 EUR. Der Basiszinssatz (risikoloser Zinssatz) beträgt 5 %. Er entspricht dem Fremdkapitalzinssatz des Unternehmens. Zudem wurde ein Eigenkapitalkostensatz des unverschuldeten Unternehmens von 8,48 % ermittelt.

- Ermitteln Sie den Unternehmenswert der Ziel AG mittels der Anwendung des **WACC-Ansatzes** und unter Zugrundelegung eines WACC von 8 %. (14 Punkte) (Hinweis: Ermitteln Sie zunächst den zugrunde zu legenden Steuersatz.)
- Wie hoch wäre der **WACC** unter Zugrundelegung einer Zielkapitalstruktur mit einem Verschuldungsgrad von 300 %? (6 Punkte)
- Bestimmen Sie den Unternehmenswert der Ziel AG mittels der Anwendung des **APV-Ansatzes**. (11 Punkte)
- Nach erneuten Verhandlungen und Diskussion mit den Entscheidungsträgern der Ziel AG wurden die Planwerte für die Ziel AG leicht angepasst. Die M&A AG hat auf dieser Basis einen Unternehmenswert von Mio. 1.200 EUR mittels des WACC-Ansatzes unter Zugrundelegung eines WACC von 8 % ermittelt. Mittels APV-Ansatz ergab sich für die Ziel AG ein Wert von Mio. 1.300 EUR. Nach dem jetzigen Verhandlungsstand beträgt der Kaufpreis für die Ziel AG Mio. 1.230 EUR. Auch weitere Verhandlungen würden nicht mehr zu einer Reduzierung des Kaufpreises führen. Der Vorstand der M&A AG hat mit Ihnen den Sachverhalt diskutiert und fragt Sie nach Ihrer Meinung. Was würden Sie dem Vorstand der M&A AG raten? Begründen Sie Ihre **Entscheidung!** (20 Punkte)

Aufgabe 6 Werthaltigkeitstest des Geschäfts- oder Firmenwerts nach IFRS (67 Punkte)

- Das kapitalmarktorientierte Unternehmen Impairment AG verfügt über drei Geschäftsbereiche A, B und C, die auch gleichzeitig die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten für den Wertminderungstest des Geschäfts- oder Firmenwerts nach IAS 36 darstellen.

Die Buchwerte der drei Geschäftsbereiche finden sich in der nachfolgenden Tabelle (in TEUR):

Geschäftsbereich	Buchwert (ohne Geschäfts- oder Firmenwert)	Geschäfts- oder Firmenwert
A	1.900	20
B	4.800	800
C	5.400	600

Geschäftsbereich A: Der Geschäftsbereich A stellt Produkte her, die allein von den Geschäftsbereichen B und C bezogen und weiterverarbeitet werden. Diese Produkte könnten auch am Markt erworben werden. Die innerbetrieblichen Verrechnungspreise liegen aufgrund unternehmensinterner Vorgaben zur Kompensation der Anlaufverluste 10 % über den Marktpreisen. Zudem liegt ein verbindliches Kaufangebot eines externen Dritten für den Geschäftsbereich von 1.940 TEUR vor. Im Falle der Durchführung der Transaktion fallen Veräußerungskosten von 50 TEUR an. Die auf Basis der Verrechnungspreise geplanten Cash Flows sind in der folgenden Tabelle enthalten. Der zugrunde zu legende Zinssatz beläuft sich auf 8 %:

Jahr (Angaben in TEUR)	t2	t3	t4	t5 ff.
Cash Flows	150	170	180	185
davon Einzahlungen aus dem Verkauf an B und C	220	236,5	253	264

Geschäftsbereich B: Der Geschäftsbereich B stellt Produkte im Geschäftssegment I her. Der für den Geschäftsbereich zugrunde zu legende Zinssatz beläuft sich auf 9 %. Die Planung für den Geschäftsbereich B kann der folgenden Tabelle entnommen werden. Die Planung enthält zum einen vom Vorstand beschlossene sowie vom Aufsichtsrat genehmigte Erweiterungsinvestitionen und zum anderen auch Synergieeffekte. Die Synergieeffekte entfallen auf Mengenrabatte und die damit verbundenen Preisvorteile aus dem gemeinsamen Einkauf der Einsatzfaktoren in den Geschäftsbereichen B und C. Die vom Geschäftsbereich A bezogenen Vorprodukte wurden zu Marktpreisen angesetzt.

Jahr (Angaben in TEUR)	t2	t3	t4	t5 ff.
Cash Flows	350	220	490	550
davon Cash Flows aus Erweiterungsinvestitionen	0	-200	40	50
davon Cash Flows aus Synergieeffekten	30	30	30	30

Geschäftsbereich C: Der Geschäftsbereich C stellt Produkte im Geschäftssegment II her. Das Konkurrenzunternehmen Listing AG ist an der Börse notiert und nach Größe sowie Geschäft direkt mit dem Geschäftsbereich C vergleichbar. Der Marktwert der Listing AG beläuft sich auf 8.500 TEUR. Der Zinssatz beträgt 7 %. Die geplanten Cash Flows (auf Basis geplanter Marktpreise der von A bezogenen Vorprodukte und einschließlich der Synergieeffekte mit B) finden sich in der folgenden Tabelle (in TEUR):

Jahr (Angaben in TEUR)	t2	t3	t4	t5 ff.
Cash Flows	270	280	400	450

Führen Sie den Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert nach IAS 36 durch und ermitteln Sie einen möglichen Abwertungsbedarf. Erläutern Sie, wie dieser gegebenenfalls auftretende Abwertungsbedarf im IFRS-Abschluss der Impairment AG zum 31.12.t1 zu erfassen ist. Latente Steuern sind nicht zu berücksichtigen. (47 Punkte)

- b) Nach IAS 36.55 ist bei der Ermittlung des Nutzungswerts ein Vorsteuerzinssatz zugrunde zu legen. Allerdings enthalten Zinssätze am Kapitalmarkt für risikobehaftetes Eigenkapitaltitel Steuereffekte. Insofern müssen die Kapitalisierungszinssätze um Steuereffekte bereinigt werden. In diesem Zusammenhang besteht das Problem, dass keine entsprechende Kapitalmarkttheorie für die erforderliche Umrechnung existiert. Erläutern Sie die Lösungsmöglichkeit für dieses Problem! (20 Punkte)